

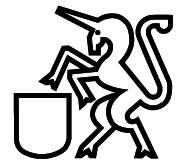


26. Sitzung Gemeinderat (2006 – 2010); Doppelsitzung

Datum, Zeit:	Montag, 2. November 2009, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Peter Bless, Ratspräsident
Anwesend:	38 Ratsmitglieder
Entschuldigt abwesend:	Stefanie Huber (GEU) Toni Lanzendörfer (SP) Stadtrat Hans Zeier (CVP)
Protokoll:	Marcel Amhof (Sekretär)
Stimmzähler:	Rolf Biggel: Bereich rechts, FDP und Bürotisch Stephan Schneider: SVP und CVP Valeria Rampone: GEU und SP
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 25. Sitzung vom 7. September 2009
3. Interpellation Thomas Maier (GEU) „Stadtpolizei und Art der Patrouillen“ / Beantwortung
Geschäft Nr. 235/2009
4. Interpellation Hans Baumann (SP) „Tarif- und Lohnpolitik bei der SFD AG“ / Beantwortung
Geschäft Nr. 237/2009
5. Postulat Thomas Maier (GEU) „Bahnhof Dübendorf“ / Beantwortung und Entscheid Ab-
schreibung
Geschäft Nr. 197/2009
6. Interpellation Gaby Gossweiler (FDP) und 7 Mitunterzeichnende „Gesellschaftspolitische
Strukturen für Dübendorf“ / Begründung
Geschäft Nr. 267/2009
7. Postulat Orlando Wyss (SVP) und 14 Mitunterzeichnende „Austritt von Dübendorf aus dem
Metropolitanraum Zürich“ / Begründung und Überweisung
Geschäft Nr. 265/2009
8. Motion Hans Baumann (SP) und 1 Mitunterzeichner „Energie sparen – Beschäftigung si-
chern“ / Begründung und Überweisung
Geschäft Nr. 269/2009
9. Motion Stefanie Huber (GEU) und 7 Mitunterzeichnende: „Zukunftsfähiges Modell für famili-
energänzende Kinderbetreuung“ / Begründung und Überweisung
Geschäft Nr. 268/2009

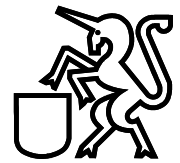


10. Zehn Bürgerrechtsgesuche
- 10.1. Beaham Christopher Howard, amerikanischer Staatsangehöriger, wohnhaft Wallisellenstrasse 7, Dübendorf
Geschäft Nr. 211/2009
- 10.2. Gross Emilia geb. Bardac, rumänische Staatsangehörige, wohnhaft Meiershofstrasse 15, Dübendorf
Geschäft Nr. 213/2009
- 10.3. Grujik Nebojsa, mazedonischer Staatsangehöriger, wohnhaft Ringstrasse 14, Dübendorf
Geschäft Nr. 214/2009
- 10.4. Haziraj Sadije geb. Hoxhaj und Yll, Riga sowie Rigon, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Im Winkel 8, Dübendorf
Geschäft Nr. 215/2009
- 10.5. Hoti Gëzim, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft Bungertweg 13, Dübendorf
Geschäft Nr. 216/2009
- 10.6. Mikkonen-Korhonen Maija Liisa, finnische Staatsangehörige, wohnhaft Amselweg 18, Dübendorf
Geschäft Nr. 217/2009
- 10.7. Pirkovic Gordana geb. Mihajlovic, Dusan und Danijela, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Churfürstenstrasse 23, Dübendorf
Geschäft Nr. 218/2009
- 10.8. Shake Anowar, Soroj und Mehorin Anahita, bangladeschische Staatsangehörige, wohnhaft Birchlenstrasse 5, Dübendorf
Geschäft Nr. 219/2009
- 10.9. Stanimirovic Zlatibor, sowie Vladanka geb. Kalinovic und Kalinovic Goran, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Wangenstrasse 16, Dübendorf
Geschäft Nr. 220/2009
- 10.10. Neziri Bajram und Valbone geb. Tanaj sowie Denis und Lorik, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Föhrlweg 25, Dübendorf
Geschäft Nr. 223/2009

1. Mitteilungen

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- Neue Geschäfte seit der letzten GR-Sitzung
 - Fünf Sachgeschäfte sind dem Gemeinderat vom Stadtrat überwiesen worden: Die Reglementsänderung der Pensionskasse, die Abfallverordnung, die Teilrevision der Anstellungs- und Besoldungsverordnung sowie der Voranschlag 2010 wurden der GRPK überwiesen. Der private Gestaltungsplan Waldmannsburg wurde der KRL überwiesen.
 - Fünf Bürgerrechtsgesuche wurden der BRK überwiesen.
 - Fünf parlamentarische Vorstösse wurden eingereicht, vier davon werden heute behandelt.
 - Die Beantwortungen dreier parlamentarischer Vorstösse werden heute behandelt. Die Beantwortung der Schriftlichen Anfrage zur „Verkehrssituation Aussenwacht Gfenn“ wurde den Ratsmitgliedern zugestellt. Die Beantwortung der Interpellation „Zooseilbahn“ wird an der Dezember-Sitzung behandelt.
- Bürgerrechtsgesuche von Jelena Herceg bzw. Hasim Kavakli:



Die beiden Gesuchsteller haben fristgerecht beim Bezirksrat Uster Rekurs gegen die ablehnenden Entscheide des Gemeinderates eingereicht. Das Büro wird in seinen Stellungnahmen beantragen, die Beschwerden vollumfänglich abzulehnen.

- Nächste Sitzungen
 - Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am Montag, 14. Dezember 2009 statt.
- Ersatz Stimmzähler
Da die Stimmzählerin Stefanie Huber abwesend ist, wird Valeria Rampone von der GEU-Fraktion als Ersatzstimmzählerin für die heutige Sitzung vorgeschlagen.
Der Antrag wird nicht vermehrt, und Valeria Rampone ist damit für die heutige Sitzung als Ersatzstimmzählerin gewählt.

2. Protokoll der 25. Sitzung vom 7. September 2009

Gegen das erwähnte Protokoll sind beim Präsidenten des Gemeinderates keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. Interpellation Thomas Maier (GEU) „Stadtpolizei und Art der Patrouillen“ / Beantwortung Geschäft Nr. 235/2009

Stellungnahme Thomas Maier (GEU) zur Antwort des Stadtrates:

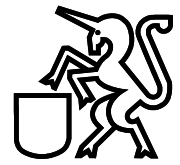
Zur vorliegenden Antwort des Stadtrates möchte er zu vier Punkten Stellung nehmen. 1.) Kernauftrag: Das Polizeigesetz enthalte eine Regelung zum Grundauftrag der Polizei. Der Grundauftrag der Stadtpolizei sei damit bekannt. Es sei aber nicht immer notwendig, die gesamte Ausrüstung auf einer Patrouille dabei zu haben. Ausser in einem Notfall bleibe immer noch genügend Zeit, um auf dem Polizeiposten die Ausrüstung zu wechseln. Zudem müsse es nicht immer die Velo-Patrouille sein, die bei einem Notfall ausrücke. Die Aussenwachen wie z.B. Gockhausen betrachte er auch als Ausnahme. Dort seien Patrouillen mit dem Fahrrad nicht sinnvoll. 2.) Sicherheitsgefühl: Er gehe mit der Aussage des Stadtrates einig, wonach Sicherheit eine subjektive Empfindung sei. Diese Sicherheit sei jedoch auch mit Velo-Patrouillen zu gewährleisten. 3.) Kosten: Er zweifle an der Richtigkeit der Auflistung der Kosten in der Antwort des Stadtrates, doch seien die Kosten nicht der zentrale Punkt seines Vorstosses gewesen. Fr. 100.-- für den Unterhalt der Fahrräder dürften jedoch nicht genügen, während die Unterhaltskosten für den BMW nicht lückenlos aufgeführt seien und z.B. Kosten für die Versicherung fehlten. 4.) Personal: Das Argument der personellen Unterbesetzung sei ihm bekannt. Vor Wahlen würden bürgerliche Politiker immer wieder versprechen, das Personal effizienter einsetzen zu können. Als Fazit aus der Beantwortung des Stadtrates könne er ableiten, dass die Fahrräder zur Repräsentation perfekt geeignet seien, im täglichen Einsatz aber wenig Nutzen brächten.

Das Geschäft Nr. 235/2009 ist somit abschliessend behandelt.

4. Interpellation Hans Baumann (SP) „Tarif- und Lohnpolitik bei der SFD AG“ / Beantwortung Geschäft Nr. 237/2009

Stellungnahme Hans Baumann (SP) zur Antwort des Stadtrates:

„Zunächst möchte ich dem Stadtrat bzw. dem Verwaltungsrat der SFD AG für die ausführliche und korrekte Beantwortung meiner Fragen danken. Ich habe auch nur einige wenige Bemerkungen dazu: Zufrieden bin ich natürlich damit, dass der Entscheid, dass es zwei Elternteile braucht, um in den



Genuss von verbilligten Kinderabos zu kommen, gleich nach der Eröffnung wieder rückgängig gemacht wurde. Ebenfalls mit der Information, dass für nächstes Jahr keine Preiserhöhungen geplant sind. Weniger befriedigt die Situation bei den Löhnen. Es ist stossend, wenn bei den Aushilfen gespart wird und gleichzeitig doch recht anständige Verwaltungsratsentschädigungen eingeführt werden. Das Argument, dass die Stundenlöhne an das tiefere Niveau der Gespäd-Angestellten angepasst werden musste, ist schwach. Man hätte hier auch gegen oben harmonisieren können. Die Verwaltungsratsentschädigungen sind im Vergleich mit der Privatwirtschaft sicher nicht überrissen. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die SFD AG mehrheitlich in öffentlichem Besitz ist. 6000 Franken plus Sitzungsgelder für maximal sechs Sitzungen im Jahr sind für mich eher an der oberen Grenze. Wir müssen es ja eher damit vergleichen, was wir Gemeinderäte und Behördenmitglieder als Entschädigung bekommen als mit den Ansätzen von privaten Unternehmen. Etwas mehr Bescheidenheit wäre hier in der besonderen Situation, in der sich die SFD AG befindet, angebracht gewesen.“

Diskussion:

Andrea Kennel (SP):

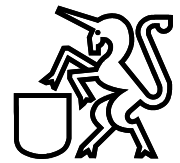
Die Tarifiereduktion auf Kinderabonnemente sei nicht gleich geregelt wie früher. Nach der neuen Regel wird Alleinerziehenden dieser Rabatt für ihre Kinder gegen Vorweisung einer speziellen Beglaubigung der Stadt Dübendorf ebenso gewährt. Kostenlose Bestätigungen seien beim Einwohneramt der Stadt gegen Vorweisung eines amtlichen Ausweises erhältlich. Die einfachste Lösung wäre wohl gewesen, den Rabatt zu gewähren, wenn ein Elternteil ein Kinderabonnement kaufe.

Das Geschäft Nr. 237/2009 ist somit abschliessend behandelt.

5. Postulat Thomas Maier (GEU) „Bahnhof Dübendorf“ / Beantwortung und Entscheid Abschreibung Geschäft Nr. 197/2009

Stellungnahme Thomas Maier (GEU) zur Antwort des Stadtrates:

Ein halbes Jahr nach der Überweisung des Postulates liege jetzt die Antwort des Stadtrates mit neuen Erkenntnissen vor. Er könne dem Stadtrat ein Lob für die Beantwortung aussprechen, sei man sich doch darin einig, dass ein dringender Handlungsbedarf bestehe. Die Unterführung beim Bahnhof sei heute schmutzig und dunkel, die Zugänglichkeit erschwert. Das Aushängeschild der Stadt benötige eine Auffrischung. Die Situation bei den Veloabstellplätzen sei unbefriedigend, dies habe der Stadtrat auch in seiner Antwort bestätigt. Auf Forderungen im Postulat wie der Zusammenarbeit mit den SBB und einer Etappierung der Massnahmen sei eingegangen worden. Es gehe ihm nicht um eine Vergoldung des Bahnhofes, sondern darum, dass dieser ein sauberes Gesicht erhalte. Nicht einig sei man sich dagegen in der Beurteilung des Nebeneinanders von Velofahrern und Fussgängern in der Unterführung. Eine Entflechtung könne dieses Problem nicht lösen. Mit den geplanten Massnahmen sei aber schon viel getan, und man habe das gleiche Problem wie um den Greifensee: Als Velofahrer sei man einfach im Weg. Als Tipp könne er aber das Umsteigen auf dem Bahnhof Rüti empfehlen, davon könne man sich eine dicke Scheibe abschneiden. Insgesamt liege eine gute Antwort vor, der Stadtrat sei seiner Meinung nach auf dem richtigen Weg. Dennoch wolle er neben dem Abmontieren der Schranken bei der Unterführung auch die Umsetzung weiterer konkreter Massnahmen sehen und das Kosten-Controlling durch den Gemeinderat gewährleisten. Deshalb wäre es zu früh, das Postulat bereits heute abzuschreiben. Er stelle damit den Antrag, das Postulat aufrecht zu erhalten.



Diskussion:

Pia Etter (SP):

Die SP/Juso-Fraktion befürwortet die Abschreibung des Postulates. Mit dem geforderten Betrag könne nicht viel mehr gemacht werden. Die in der Antwort des Stadtrates erwähnten Phasen 2 und 3 würden in der nächsten Legislatur umgesetzt werden. Die beste Beleuchtung nütze aber nichts, wenn in der Unterführung Richtung Wangenstrasse nur eine Lampe von zwölf brenne. Dieser Umstand sei vor allem für Frauen unangenehm. Wenn sie eingeschaltet wäre, hätte es heute schon eine ausreichende Beleuchtung.

Der Stadtrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Abstimmung

Für Abschreibung des Postulates

22 Stimmen

Gegen Abschreibung des Postulates

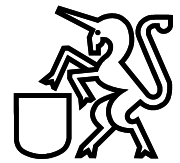
12 Stimmen

In Anwendung von Art. 49, Ziff. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 197/2009 somit abschliessend behandelt.

6. Interpellation Gaby Gossweiler (FDP) und 7 Mitunterzeichnende „Gesellschaftspolitische Strukturen für Dübendorf“ / Begründung Geschäft Nr. 267/2009

Gaby Gossweiler (FDP) begründet die Interpellation:

„Zuerst einmal: Äxgüsi, im offiziellen Interpellationstext sind zwei ll verloren gegangen, dies ändert aber nichts an der Ernsthaftigkeit unseres Anliegens. Gesellschaftliche Strukturen wandeln sich, einst wichtige Anliegen verlieren ihre Bedeutung, neue Anliegen erhalten einen hohen Stellenwert. Diese Veränderungen sind für uns alle spürbar und stellen an die kommunale Politik wie auch an die städtische Verwaltung neue Anforderungen. Zu den ‚gesellschaftlichen Belangen‘ gehören, ohne abschliessend zu sein, folgende Themenbereiche: Familien-, Jugend-, Alters-, Freiwilligenarbeits-, Vereins- und Integrationsfragen. In der nahen Vergangenheit endeten einige heisse politische Diskussionen unter Parlamentariern mit dem Ausspruch: Gesellschaftspolitische Strukturen gibt es in Dübendorf weder in Politik noch in Verwaltung – so auch anlässlich des Workshops Integration und jetzt erneut bei der umfassenden Diskussion um Betreuungsplätze für Vorschulkinder. Um die gesellschaftlichen Strukturveränderungen aufzufangen und ihnen die angemessene Wichtigkeit zu geben, braucht es eine klar definierte Gesellschaftspolitik. Innerhalb der Politik ist eine klar definierte Person zu bezeichnen, die die diesbezügliche Verantwortung für die Festlegung der Gesellschaftspolitik übernimmt. Immer mehr Aufgaben im Bereiche ‚gesellschaftliche Belange‘ müssen in der Verwaltung interdisziplinär angegangen werden, Angebote müssen vernetzt und transparent überprüft werden, Freiwilligenarbeit in allen Lebenslagen muss organisiert und gefördert werden, siehe auch Legislaturprogramm Stadtrat 2006 bis 2010. Vielleicht gibt es im Stadtrat von Dübendorf eine klar bezeichnete Ansprechperson für ‚gesellschaftliche Belange‘ – vielleicht gibt es in der Dübendorfer Stadtverwaltung auch eine Stelle, die die Vernetzung sicherstellt und die transparent Auskunft im Bereich ‚gesellschaftliche Belange‘ geben kann – nur leider kennen wir ‚verwaltungsfernen‘ Parlamentarier diese Strukturen offensichtlich nicht. Darum unsere Fragen: Vielleicht geht es dem Stadtrat wie uns und er erkennt, dass punkto ‚gesellschaftlichen Belangen‘ in Dübendorf ein Defizit vorliegt, oder aber er erklärt uns, wie er in Politik und Verwaltung die verantwortlichen Stellen und Abläufe definiert. Sollte der Stadtrat unserer Meinung sein bezüglich fehlender Strukturen im Spektrum ‚gesellschaftliche Belan-



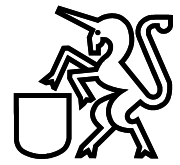
ge', ist er dann gewillt, diese auf strategischer wie operativer Ebene zielführend zu schaffen? Wenn nicht, was ist die Begründung? Kann sich der Stadtrat eine Anpassung, bzw. eine Erweiterung seines Geschäftsreglementes um das Ressort 'Gesellschaft' unter Einbezug einer Familien- und Integrationspolitik vorstellen, und wie würde nach seiner Meinung eine diesbezügliche Organisation aussehen? Wir danken dem Stadtrat schon heute für seine ausführliche Berichterstattung und ihnen allen für ihre Aufmerksamkeit.“

Das Geschäft Nr. 267/2009 ist somit zur Beantwortung dem Stadtrat überwiesen.

7. Postulat Orlando Wyss (SVP) und 14 Mitunterzeichnende „Austritt von Dübendorf aus dem Metropolitanraum Zürich“ / Begründung und Überweisung Geschäft Nr. 265/2009

Begründung Orlando Wyss (SVP):

„Die Schweiz in ihrer heutigen Form besteht seit 161 Jahren. Der Erfolg unseres Bundesstaates beruht auf der föderalistischen Organisationsstruktur, in welcher den unterschiedlich grossen Kantonen der Schweiz eine ausgleichende Mitsprachemöglichkeit gegeben wird. So ist unser Parlament auf Bundesebene in eine Volkskammer, dem Nationalrat und einer Kantonskammer, dem Ständerat unterteilt. Beide müssen z.B. Gesetzesänderungen zustimmen, sonst kommen sie nicht zustande. Bei wichtigen Vorlagen, welche dem Volk vorgelegt werden, z.B. Verfassungsänderungen, braucht es neben dem Volksmehr auch die Mehrheit der Kantone, das sogenannte Ständemehr. Auf diesem Prinzip beruht das Erfolgsmodell Schweiz, ohne dieses das friedliche Zusammenleben von unterschiedlichen Sprachregionen und Mentalitäten nicht möglich wäre. Unsere föderalistische Staatsform, zusammen mit der direkten Demokratie, in welcher der Souverän den mächtigsten Entscheidungsträger darstellt, macht unser politisches System in dieser Welt einzigartig. Dieses System verhindert auch politische Schnellschüsse, welche aufgrund eines sogenannt modernen Zeitgeistes zu unüberlegten, unausgereiften Entscheidungen führen könnte. Von Seiten dieser vermeintlich modernen Zeitgenossen, welche von grösseren, multinationalen Strukturen träumen, regt sich Widerstand gegen unseren bewährten, föderalistischen Aufbau der Schweiz. Jene, welche unsere nicht gelösten Probleme, anstatt sie anzupacken, auf eine nächsthöhere Ebene abschieben wollen, träumen von grösseren Regionen, welche kantonale und nationale Identitäten überwinden. Endziel dieser Träume ist natürlich ein grosseuropäischer Raum, in dem jeder bei allem mitreden kann, aber niemand für etwas verantwortlich ist. In der Schweiz sind die Bestrebungen, die kantonalen Strukturen abzuschaffen und landesweit etwa fünf Grossregionen zu installieren, sehr konkret geworden. Bereits bestehen drei von diesen, nämlich die Metropolitanräume Basel, Arc Lémanique und Zürich. Zielsetzung ist die Schaffung einer gemeinsamen Identität innerhalb des Metropolitanraumes und die Auflösung der kantonalen Identität. Wir befassen uns heute Abend mit dem Metropolitanraum Zürich. Von den Befürwortern dieser Struktur wird bei Kritik gerne in den Vordergrund gestellt, dass es um die wirtschaftliche Förderung der Region gehe. Wäre dies so, würde ich als Befürworter eines starken Wirtschaftskantons Zürich nicht dagegen ankämpfen. Wenn wir die Organisation von Metropolitanraum Zürich anschauen, sehen wir, dass die acht Kantone Zürich, Schaffhausen, Zug, St. Gallen, Thurgau, Schwyz, Luzern und Aargau je einen Vertreter in die Kantonskammer der Metropolitankonferenz delegieren. Die daran teilnehmenden Städte und Gemeinden entsenden auch Vertreter in die Städte-/Gemeindekammer der Metropolitankonferenz. Diese Metropolitankonferenz bestimmt die Vertreter in den Metropolitanrat. Dieser setzt vier Arbeitsgruppen ein, nämlich für Wirtschaft, Verkehr, Gesellschaft und Lebensraum. Aus dieser Struktur ersieht man klar, dass es hier um die zukünftige politische Entwicklung der teilnehmenden acht Kantone geht, mit einer eingesetzten Regierung. Alle in diesem Gebilde teilnehmenden Personen sind ausschliesslich Exekutivpolitiker. Kein störender Parlamentarier, welcher etwas hinterfragen könnte. Kein Stimmbürger, welche die weitreichenden Tätig-

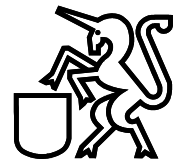


keiten dieser neuen Regierungsform kontrollieren oder etwas mitbestimmen könnte. Es wurde ein Gremium geschaffen, ausschliesslich mit Regierungsleuten, welche unter Ausschluss der Öffentlichkeit Entscheidungen treffen können, welche für die Bevölkerung relevant sind. Diese Metropolitanräume sind mit unserer föderalistischen Schweiz nicht kompatibel. Hier findet ein Abbau unserer demokratischen Strukturen statt, ohne dass die Bevölkerung dazu befragt worden ist. Ein wichtiger Architekt des Metropolitan-Projekts Daniel Arn hat gegenüber der Zeitung ‚Sonntag‘ Folgendes bestätigt: ‚Die Schweiz folgt damit den Entwicklungen in Europa. Länder wachsen zusammen und Regionen werden gestärkt; nicht entlang den historischen Grenzen, sondern Entlang den Lebensräumen der Bevölkerung. Am Ende dieser Entwicklung könnte die Fusion von Kantonen stehen.‘ Auch die Direktorin Stadtentwicklung Zürich, Brigit Wehrli, spricht in ihrer Einladung zur Fachtagung ‚Städte im Föderalismus der Zukunft‘ vom 15. Januar 2010 mit erfrischender, vielleicht sogar schon naiver Ehrlichkeit folgendes aus: ‚Die neu gegründeten Metropolitanräume Zürich, Basel und Arc Lémanique werden eine Schlüsselrolle für die Zukunft der Schweiz spielen. Trotzdem haben sie politisch noch immer eine schwache Position. Der Weg zu einer eigentlichen Föderalismusreform ist noch weit und die neu geschaffenen Metropolitanstrukturen müssen sich erst noch beweisen. Es gibt noch viele offene Fragen, gehen wir sie an.‘ Wie ich Ihnen schon klar gemacht habe, haben die Metropolitanräume mit Wirtschaft nur im Entferntesten etwas zu tun. Die Wirtschaft wird hier nur als Feigenblatt gebraucht. Um die Interessen der Wirtschaft zu vertreten, gibt es ein besseres und effizienteres Gebilde, in welches der Kanton Zürich sich auch einbringt. Greater Zurich Area ist ein effizientes Gebilde, um für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Zürich und weiteren sieben Kantonen etwas zu tun. Prof. Dr. Hans Peter Wehrli von der Universität Zürich ist Präsident des Verwaltungsrates und Regierungsrätin Rita Fuhrer ist Präsidentin des Stiftungsrates, um nur zwei der hochkarätigen Persönlichkeiten zu nennen, welche sich darin für wirtschaftliche Belange einsetzen. Nur schon daran sieht man, dass für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Zürich der Metropolitanraum Zürich völlig überflüssig ist. Der erste Präsident des Metropolitanraumes Zürich ist Regierungsrat Markus Notter. Der gleiche Notter, welcher schon lieber heute als erst morgen die Bezirke im Kanton Zürich abschaffen möchte. Die Metropolitanräume sind der Beginn für die Abschaffung des Föderalismus in der Schweiz. Was Frau Brigit Wehrli aus dem links-grünen Zürich mit der Föderalismusreform meint ist nichts anderes als die Abschaffung des Föderalismus. Genau gleich wie Bundesrätin Calmy-Rey mit aktiver Neutralität die Abschaffung der Neutralität im Sinn hat. Unsere Bevölkerung, das hat sie bei jeder Abstimmung klar gemacht, steht hinter dem Föderalismus in seiner jetzigen Form, genau gleich wie sie auch hinter der Neutralität steht. Darum wurde In Dübendorf weder die Bevölkerung noch der Gemeinderat angefragt, ob sich unsere Stadt an diesem undemokratischen Gebilde beteiligen soll. Es war bei uns, wie auch bei den anderen Gemeinden die Exekutive, welche ein Mitmachen im Metropolitanraum Zürich beschloss. Es geht hier nicht um die Kosten, welche die Mitgliedschaft im Metropolitanraum Zürich verursacht. Im Verhältnis zu Demokratieabbau sind Kosten absolut irrelevant. Allen, welche unsere direkte Demokratie mit dem föderalen Aufbau unseres Landes am Herzen liegt, können sich nicht an diesem Demokratieabbau beteiligen. Ich bitte Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dem Stadtrat den Auftrag zu erteilen, bis Ende Jahr die Kündigung einzureichen und den Austritt von Dübendorf aus dem Metropolitanraum Zürich per Ende 2010 zu vollziehen. Unterstützen Sie das Postulat und zeigen Sie unserer Bevölkerung, dass Dübendorf den Föderalismus in der Schweiz nicht abschaffen will.“

Diskussion:

Andrea Kuhn (CVP):

Sie habe gute Gründe dafür gehabt, dieses Postulat mit zu unterzeichnen. Sie sei zwar sehr für eine Verflechtung von Netzwerken. Doch sei sie beim Metropolitanraum skeptisch, wenn sie sich frage, wie weit die Interessen im gesamten Gebiet auseinander lägen. Ein Vergleich zwischen glow.das Glattal und dem Metropolitanraum Zürich zeige, dass beide Vereinigungen praktisch identische Inhalte hätten: Lebensraum, Wirtschaft, Verkehr etc. Aus der Aussensicht frage sie sich, weshalb nicht



glow.das Glattal die Mitgliedergemeinden im Metropolitanraum Zürich vertreten würde. Dies könnte die Behördenmitglieder entlasten, und glow.das Glattal hätte eine Daseinsberechtigung. Es könne festgestellt werden, dass die Steuerkraft in Dübendorf abnehme. Mit einem Austritt aus dem Metropolitanraum könnten die freigewordenen Ressourcen dazu verwendet werden, gute Steuerzahler und Unternehmen in Dübendorf zu behalten.

Ruedi Herter (FDP):

Bei den Ausführungen von Orlando Wyss erhalte er das Gefühl, dass wer nicht für den Austritt aus dem Metropolitanraum stimme ein schlechter Schweizer sei. Andrea Kuhn habe schon sachlicher argumentiert und gute Gründe für einen Austritt angegeben. Er wolle im Folgenden einige Fakten zum Metropolitanraum bekannt geben, welche auf dessen Website zu finden seien. Beim Metropolitanraum Zürich handle es sich um einen Verein. In dessen Zweckartikel in den Statuten stehe geschrieben, dass es diesem Verein darum gehe, einen Beitrag zur langfristigen Sicherung der Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner zu leisten. Er setze sich für einen offenen, dynamischen und gut erreichbaren Metropolitanraum ein, und er biete seinen Mitgliedern eine Plattform, um Aufgaben und Projekte zur Stärkung des Metropolitanraumes gemeinsam anzugehen. Der Verein habe die Aufgabe, aktuelle und neue Problemstellungen aufzugreifen und den Kantonen, Städten und Gemeinden zu unterbreiten. Die verfassungsmässige Zuständigkeit und Autonomie der Kantone, Städte und Gemeinden werde nicht beeinträchtigt. Es könnten nur Kantone, Städte und Gemeinden Mitglied des Vereins sein, was eine Mitgliedschaft von glow.das Glattal ausschliesse. Es solle nicht dramatisiert werden: Der Stadtrat habe die Kompetenzen zur Mitgliedschaft in einem Verein, und da müsse ihm der Gemeinderat nicht dreinreden.

Stellungnahme Stadtrat durch Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Die Autonomie der Stadt Dübendorf bleibe bei einem Verbleib im Metropolitanraum gewahrt, ebenfalls die Zuständigkeit. Er frage sich, was sinnvoller sei: Das Aufgeben eines Mitspracherechtes oder das Mitdiskutieren im Verein Metropolitanraum. Er unterstütze den Föderalismus, und es wäre falsch, sich selber aus dem Spiel zu nehmen. Er sei der Meinung, dass es besser ist mitzumachen und seine Stimme in die Diskussion mit einzubringen. Die Jahresmitgliedschaft betrage für die Stadt Dübendorf 3'000 Franken. Dübendorf solle sich nicht aus dem Spiel herausnehmen, und er könne die Angst nehmen, mit anderen Gemeinden oder Städten fusioniert zu werden, denn das gehe nur mit Zustimmung des Souveräns.

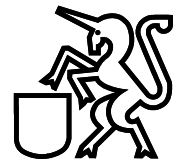
Diskussion (Fortsetzung):

Orlando Wyss (SVP):

Er könne viele Argumente des Stadtpräsidenten nachvollziehen. Wenn es nur um Mitsprache ginge, dann reichte jedoch die Metropolitankonferenz aus. Die Delegation von Kantonen und Städten im Metropolitanrat brauche es für die Diskussion aber nicht. Es handle sich dabei um eine vorgezogene Regierung, welche Beschlüsse ausserhalb der Öffentlichkeit fasse. Dies könne keinen Grund haben ausser einer neuen Unterteilung der Schweiz in fünf Grossregionen. Dies sei das nicht festgeschriebene Endziel des Vereins, und die Stadt Dübendorf könne mit dem Austritt aus dem Verein ein Zeichen setzen.

Abstimmung

Für Überweisung des Postulates an den Stadtrat	16 Stimmen
Gegen Überweisung und für die sofortige Ablehnung des Postulates	21 Stimmen



In Anwendung von Art. 49, Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 265/2009 sofort abgelehnt und ist somit abschliessend behandelt.

**8. Motion Hans Baumann (SP) und 1 Mitunterzeichner „Energie sparen – Beschäftigung sichern“ / Begründung und Überweisung
Geschäft Nr. 269/2009**

Begründung Hans Baumann (SP):

„Mit unserer Motion möchten wir, dass Dübendorf seinem Anspruch auf das Label ‚Energistadt‘ gerecht wird und eine zusätzliche Anstrengung zur Förderung des Energiesparens und zur Nutzung von erneuerbaren Energien unternimmt. Und damit auch gleichzeitig einen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen leistet. In der Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Erika Attinger vom 2. Juli dieses Jahres erklärt der Stadtrat, dass das Förderprogramm Energie des Kantons und dessen Beratungsangebot ausreichende Anreize zur Gebäudesanierung und Nutzung erneuerbaren Energiequellen bietet. Es brauche deshalb zurzeit kein zusätzliches, kommunales Programm. Wir sind hier entschieden anderer Meinung. Das Sonderprogramm des Kantons und der Stiftung Klimarappen läuft Ende dieses Jahres aus. Es wäre deshalb vernünftig, wenn unsere Stadt ab nächstem Jahr ein eigenes Förderprogramm hätte. Herzstück unserer Motion ist der Punkt 1, nach welchem private Bauherren und Baugenossenschaften in den Genuss von Fördermitteln kommen sollen, wenn sie wärmetechnische Sanierungen vornehmen oder in Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien investieren. Der Förderbeitrag soll bewusst flexibel gestaltet sein, es ist nur ein Maximum von 20 Prozent vorgegeben. Die Stadt soll hier einen Spielraum haben und je nach Art und Effizienz der Investitionen, Verfügbarkeit weiterer Förderbeiträge etc. aber auch im Hinblick auf die eigenen finanziellen Möglichkeiten eine Abstufung vornehmen können. Schaut man sich die Liste der Gemeinden mit eigenen Förderprogrammen an, finden sich dort nicht nur Zürich und Winterthur sondern auch eine Reihe kleinerer Gemeinden wie Dietikon oder Thalwil. Wenn unsere Stadt im Bereich Energie und Umwelt weiterhin eine vorbildliche Rolle spielen soll, darf ein eigenes Förderprogramm nicht auf die lange Bank geschoben werden. Ich bitte Sie daher, unserer Motion zuzustimmen.“

Diskussion:

Hans-Felix Trachsler (SVP):

„Auf den ersten Blick ist das Thema verlockend: Wer will in diesen Tagen nicht Energie sparen und damit etwas für die Umwelt tun, und gleichzeitig weitere Massnahmen zur Stabilisierung der Beschäftigung ergreifen? Doch so schön, wie dies der Motionär in seiner Begründung aufführt, präsentiert sich die Sachlage nicht: Verantwortungsvolle Bauherren leisten heute bei der Realisation ihrer Projekte (Sanierungen, Neubauten) einen wertvollen Beitrag zum optimierten Einsatz von Energie. Die heutigen Wärmedämmvorschriften gehen bereits recht weit. Sowohl auf Bundes- als auch auf Kantonsebene bestehen umfangreiche Programme zur Förderung von alternativen Energien und andere Energiesparmassnahmen. Aus unserer Sicht sind da auf kommunaler Stufe keine zusätzlichen Fördermassnahmen nötig. Private Initiative erreicht erfahrungsgemäss mehr als staatliche Subventionen. Die Wirkung ist grösser, da aufwendige Vorschriften für Kontrolle der Mittelverwendung, Ausarbeitung von Kriterienkatalogen, Beurteilung von Gesuchen etc. wegfallen. Nach Ansicht der SVP braucht es keine zusätzlichen Anreizsysteme in diesem Bereich, die zwangsläufig mit einem weiteren Anstieg der Staatsquote verbunden ist. Es ist gerade im heutigen konjunkturellen Umfeld entscheidend, dass das bei den einzelnen Steuerzahlern vorhandene frei verfügbare Einkommen nicht abnimmt. Der private Konsum stützt gegenwärtig die Konjunktur und löst Nachfrageimpulse aus. Weitere staatlich geführte Umverteilungssysteme sind ineffizient und deshalb konsequent abzulehnen. Bald steht die Behandlung des Voranschlag 2010 auf der Agenda des GR. Wenn ich die Aufwand-



entwicklung in der Laufenden Rechnung betrachte und mir das reiche Investitionsprogramm vor Augen führe, dann lassen sich neue und zusätzliche Aufgaben auf Stufe der Gemeinde einfach nicht verantworten. Konzentrieren wir unsere beschränkten Kräfte und Mittel auf die vorhandenen Aufgaben. Ich bitte den Gemeinderat, die Motion direkt abzulehnen, damit verhindern wir weitere unnötige Aufwendungen auf Stufe Stadtrat und Verwaltung.“

Daniel Brühwiler (GEU):

Die GEU unterstütze die Motion, da diese ein Ziel verfolge, welches sich die GEU auch auf die Parteilafne geschrieben habe. Die Finanzierung über die Glattwerke sei positiv, ebenso die Beschränkung der Förderbeiträge bei maximal 20 Prozent. Eine Abstufung durch die Energieeffizienz sei zwingend, denn so erhalte derjenige viel, der viel einspare, und nicht derjenige, welcher viel investiere. Es könnten auch ausschliesslich Gebäudesanierungen sein, die unterstützt werden, da bei Neubauten bereits kantonale Vorschriften vorhanden seien. Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden wie Schulhäusern seien jedoch wirtschaftlich nicht sinnvoll. Die Unterstützungsgelder von übergeordneten Systemen müssten vom Stadtrat miteinbezogen werden, damit sichergestellt werden könne, dass keine mehrfache Subventionierung erfolge. Zudem unterstütze die GEU den Vorstoss, da dieser in die aktuelle Konjunkturphase passe.

Patrick Angele (SP):

Im Moment seien zwei Begriffe in aller Munde: der Green New Deal und die Weltwirtschaftskrise. Alle wollten in Bezug auf diese Begriffe etwas unternehmen. Ihre Motion sei eine konkrete Massnahme. Es gebe eine Energierevolution mit Solarenergie, wobei die Schweiz langsam ins Hintertreffen gerate. Kollektoren auf öffentlichen Gebäuden seien einerseits ein Job-Motor, da Handwerker diese Anlagen installieren müssten, und andererseits eine nachhaltige und lokale Massnahme zum Klimaschutz.

Orlando Wyss (SVP):

Bei der Glattwerk AG handle es sich um eine private Organisation. Die Dividendenzahlungen erfolgten nur bei einem Gewinn, welcher nicht voraussehbar sei. Die Finanzierung der im Vorstoss geforderten Massnahmen sei dadurch nicht gesichert. Daran sehe man, dass der Vorstoss nicht richtig durchdacht ist. Die SVP lehne die Motion deshalb ab.

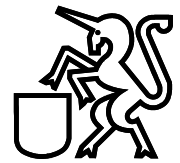
Stellungnahme Stadtrat durch Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP):

Alle seien im Bereich Umweltschutz sensibilisiert, und auch die Stadt sei dabei nicht entlastet. Als Stadt das Label ‚Energistadt‘ behalten zu können sei eine Herausforderung und setze einen Entwicklungsprozess voraus. Man sei dabei gezwungen, schrittweise verträgliche Massnahmen zu definieren. Die Motion mit ihrem zwingenden Charakter sei indes das falsche Mittel. Die Stadt müsse dynamischer handeln können. So werde die Einrichtung einer festen Beratungsstelle verlangt, jedoch nicht gesagt, in welcher Form dies zu erfolgen hätte. Im Vorstoss würden viele Dinge vorgeschrieben, welche die Handlungsfreiheit der Stadt einschränkten. Besser wäre es, mit mehr Freiwilligkeit zu arbeiten. Bereits heute werden Fördergelder ausgezahlt. Es müsse deshalb nicht überreagiert werden, auch wenn sich gewisse Forderungen gut anhörten. Besser sei eine permanente Verbesserung.

Abstimmung

Für Überweisung der Motion an den Stadtrat	12 Stimmen
Gegen Überweisung der Motion und für die sofortige Ablehnung der Vorlage	22 Stimmen

In Anwendung von Art. 47, Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird die vorliegende Motion Geschäft Nr. 269/2009 sofort abgelehnt und ist somit abschliessend behandelt.



9. Motion Stefanie Huber (GEU) und 7 Mitunterzeichnende: „Zukunftsfähiges Modell für familienergänzende Kinderbetreuung“ / Begründung und Überweisung Geschäft Nr. 268/2009

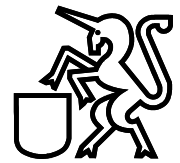
Begründung Valeria Rampone (GEU):

„Weil Stefanie Huber heute Abend abwesend ist, darf ich die Motion vertreten. In der Septembersitzung hat die Mehrheit des Rates den Vorschlag des Stadtrates betreffend Zusatzkredit für Krippen zurückgewiesen. Hauptdiskussionspunkt war damals, dass öffentliche Krippen staatlich subventioniert werden. Dies bringt einige Nachteile: Subventionierte öffentliche Krippe konkurrenzieren private Krippen und sind vor allem für Eltern attraktiv, die finanziell stark unter Druck stehen. Dies führt zu mangelnder sozialer Durchmischung in städtischer Krippe. Der Staat hat keinen gesetzlichen Auftrag für externe vorschulische Kinderbetreuung zu sorgen. In den Augen der Motionärinnen und Motionäre muss er aber Verantwortung gegenüber Bevölkerung wahrnehmen. Jede private Initiative sollte mit offenen Armen begrüsst und gefördert und nicht durch öffentliche Angebote konkurrenziert werden. Der Stadtrat hat ziemlich deutlich signalisiert, dass er nicht vorhat, in nützlicher Frist ein neues Modell vorzulegen. Das bedeutet Stillstand auf dem Status Quo.

Diese Motion soll den Ball am Rollen halten und nimmt Wünsche auf, die im September im Rat geäussert wurden. Der Stadtrat wird aufgefordert, ein neues Modell für die Finanzierung von familienergänzender Kleinkinderbetreuung auszuarbeiten, das auf Prinzip der Betreuungsgutscheine basiert. Familien, die auf finanzielle Unterstützung für Betreuung der Kinder in Krippen angewiesen sind, sollen einen Beitrag von der Stadt beantragen können, der wie ein Gutschein in allen Krippen wie auch bei Tageseltern eingelöst werden kann. Die Höhe der Beiträge und Einkommensschlüssel können in zweitem Schritt hier im Rat diskutiert werden. Die Plätze müssen von Eltern selbst organisiert werden. Die städtische Krippe soll mittelfristig privatisiert oder in einen Verein bzw. eine Stiftung überführt werden.

Die Vorteile dieses Vorschlags: Alle Krippen arbeiten mit gleich langen Spiessen, die Qualität des Angebots wird zum Hauptkriterium bei der Krippenwahl, was eine grössere Vielfalt und Verbesserung die Qualität fördert. Ausser den Kosten können von Eltern auch andere Kriterien berücksichtigt werden: Die Nähe zum Wohn-/Arbeitsort, wo gehen Spielkameraden des Kindes hin? Gibt es Möglichkeit sich mit Nachbarn zu koordinieren? Da mehrere Faktoren die Wahl der Krippe beeinflussen kommt es zu einer besseren sozialen Durchmischung: Der finanzielle Background der Eltern ist nicht mehr wichtigstes Wahlkriterium. Kostentransparenz: Eltern müssen Angebote vergleichen, das schafft Bewusstsein dafür, was externe Kinderbetreuung kostet. Es handelt sich um ein flexibles Modell, das sich gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen anpasst. Wir brauchen ein Modell, das auch in Zukunft funktioniert, das sich jeweiligen Rahmenbedingungen anpassen kann. Uns ist es wichtig, dass die Kinderbetreuung in Dübendorf hohen Stellenwert hat. Dazu gehört auch entsprechende Information, die im Moment grösstenteils fehlt. Wir wünschen uns innerhalb der Verwaltung eine verantwortliche Person, die den Bereich Krippen im Blick hält und uns informieren kann, z.B. im Geschäftsbericht. Diese Person könnte auch als Ansprechpartner für Fragen dienen; die Stadt könnte so wichtige Dienstleistung an Bevölkerung anbieten.

Es gibt wahrscheinlich Mitglieder in diesem Rat, die wünschen, dass die Gemeinde sich ganz aus externer Kleinkinderbetreuung raushält und keinerlei Unterstützung anbietet. Es gibt wohl auch Mitglieder, die wünschen, dass jedem Kind von der Stadt subventionierter Krippenplatz zur Verfügung gestellt wird. Beide Seiten wissen, dass ihr Wunsch nicht mehrheitsfähig ist. Gangbare Lösungen sind meistens irgendwo in der Mitte. Die Motionärinnen und Motionäre aus GEU, FDP und CVP haben gemeinsam eine solche Lösung auf den Tisch gelegt. Wenn es heute Abend gelingt, sich von den eigenen Wünschen ein wenig zu lösen und sich auf einen Kompromiss einzulassen, dann könnten wir in Dübendorf eine zukunftsgerichtete Kleinkinderbetreuung gestalten. Darum: Unterstützt unseren Vorschlag!“



Diskussion:

Peter Schuppisser (SP):

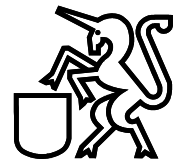
Er sei erstaunt über den Passus ‚familienergänzende Kinderbetreuung‘. Auf die Frage, welche Unterstützung alleinerziehende Eltern erhielten, habe er beim Studium der Vorlage keine Antwort gefunden.

Jacqueline Hofer (SVP):

„Gerade in der Familienpolitik braucht es weniger Eifer und mehr Vernunft. Krippenfinanzierungen werden immer mehr zu familienpolitischen Irrläufen. Es herrscht nach wie vor kein Notstand bei den Betreuungsplätzen. Wir haben bereits ein optimales und bestfunktionierendes Angebot in der Stadt Dübendorf, das allen Familien zur Verfügung gestellt wird und gerade bei Härtefällen greift. Ein solches einseitiges Eingreifen wie gefordert, ist nicht berechtigt. Im Gegenteil die Versorgungssituation an Betreuungsplätzen in Dübendorf ist insgesamt komfortabel und Eltern, die ihre Kinder aus finanziellen wie auch anderen Gründen außer Hause betreuen lassen wollen oder müssen, steht ein breites Angebot wie z.B. Tageselternverein und verschiedenste Krippenarten von öffentlichen und privaten Anbietern zur Verfügung. Gerade das wird aus egoistisch motivierten Gründen oft missbraucht. Dies zum Leidwesen unserer Kinder, denn deren Wohl hat erste Priorität. Fremdbetreuung kann nie und nimmer die Nestwärme der eigenen Familie ersetzen. Die vorliegende Motion belegt, dass in familienpolitischen Fragen der verlässliche Kompass abhanden gekommen ist. Man kann sagen, dass bereits bei jedem im Gemeinderat eingegangenen Kinderkrippen-Vorschlag darauf abgezielt wird unter dem Deckmantel der sogenannten Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu segeln. Vertreter und Sympathisanten linker Lobbyorganisationen lassen sich vor den Karren spannen, um die Kinderbetreuung mehr und mehr in die staatliche Betreuung ab zu delegieren. Mittlerweile wird in jedem Bereich der Kindererziehung eine umfassende und staatliche Betreuung verlangt. Das mag ja gut gemeint sein, ist letztlich aber nichts anderes als eine paternalistische Politik, die sehr stark an das 19. Jahrhundert bzw. an die Zeiten der DDR erinnert. Die sogenannte soziale Idee der Betreuungsgutscheine basierte in Deutschland darauf: ‚Alles für den Arbeiter – und nichts durch den Arbeiter!‘ besser gesagt, nur fordern statt leisten, dem will die politische Linke nun Schritt für Schritt auf Kosten anderer zum Durchbruch verhelfen. Eine derart herrschaftsfordernde und vormundschaftliche Politik und ist ein Affront gegenüber all jener Eltern, die ihr Leben eigenverantwortlich meistern wollen. Ich und meine Partei vertreten einen Großteil der Bevölkerung, die nichts mit einem Gutschein-Modell und anderen großflächigen Subventionen für unnötige Kinderbetreuungseinrichtungen anfangen können. Ich bin der Meinung, dass man bei der Sozialhilfe, dort helfen soll, wo echte Engpässe bestehen. In allen anderen Fällen liegt die Verantwortung bei den Eltern, das Kinderhaben und die Kindererziehung sind schließlich keine Staatsaufgabe. Die vorliegende Motion unterstützt Bestrebungen, die Krippen zu eigentlichen Bildungsinstitutionen und Integrationswerkstätten auszubauen und staatlich zu subventionieren. Es liegt auf der Hand, dass gutbezahlte Pädagogen und Experten das Krippenwesen und neue unnötige Stellen wie gefordert noch stärker verteuern. Der Politik ist offenbar nichts zu teuer, wenn es um Krippen geht. Allein die Forderung nach Privatisierung, d.h. öffentliche Krippen abschaffen, und private Krippen staatlich zu subventionieren ist ein klarer Widerspruch. Fakt ist dass solche Irrläufe mit unseren Steuergeldern bezahlt und traditionelle Familien wiederum benachteiligt werden sollen. Dies dient bestimmt nicht dem Wohl unserer Kinder. Ich empfehle den Mitgliedern des Gemeinderates die Motion nicht zu überweisen.“

Gaby Gossweiler (FDP):

Jacqueline Hofer habe wohl die Vorlage nicht ganz verstanden. Es gehe nicht um die Schaffung von Betreuungsplätzen, sondern um ein neues Finanzierungsmodell. Die öffentliche Krippe sei zurzeit ein Auffangbecken für sozial Benachteiligte. Mit der Vorlage soll eine bessere Durchmischung erreicht werden. Ein ähnliches Modell werde bereits im Kanton Luzern erfolgreich praktiziert. Für die traditionelle Familie könne etwas gemacht werden über die Steuerpolitik, und nicht über die Finanzierung von Krippenplätzen. Eltern sollen sich ihre Plätze selber auswählen und nach bestimmten Kriterien



Beiträge für die Betreuungsplätze erhalten können. Was an dieser Motion sozialistisch sei, sei ihr unbekannt: Es gehe um eine Subjekt- statt eine Objektfinanzierung, um die Schaffung von Betreuungsplätzen durch private Anbieter.

Andrea Kennel (SP):

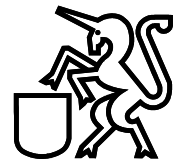
„Die Absicht der Motionärinnen und Motionäre mag ja gut sein. Doch ist die vorliegende Motion klar ein sinnloser Schnellschuss, der die effektiven Probleme nicht löst. Ich kann mir kaum vorstellen, dass dieses sogenannt ‚zukunftsfähige‘ Modell Alleinerziehende bewusst ausschliesst. Oder will die CVP in der Dübendorfer Familienpolitik Alleinerziehende als Familien ignorieren? Will die FDP auf das Humankapital von Alleinerziehenden verzichten? Das kann ich mir nicht wirklich vorstellen. Das Problem der Krippen liegt auch nicht darin, dass es momentan neben privaten Krippen sogar noch eine städtische Krippe gibt. Auch wenn die städtische Krippe privatisiert würde, wären die Probleme nicht gelöst. Welches sind denn die Probleme? Primär haben wir in Dübendorf das Problem, dass wir viel zu wenig bezahlbare Krippenplätze haben. Das beweisen die Wartelisten. Hier muss schnell gehandelt werden. Weder die Einschränkung der Unterstützung auf Zweiverdienerfamilien noch die Privatisierung der städtischen Krippe schafft hier Abhilfe. Das was die Schulpflege momentan tut, könnte hier schon mehr helfen. Die Tarife der Krippe werden bereits auf 2010 massiv erhöht. Nehen wir ein Nettoeinkommen von 60'000 Franken pro Jahr. Heute kostet ein Krippentag 35 Franken, ab Januar 2010 50 Franken. Das entspricht einer Steigerung von über 40 Prozent. Ich möchte gar nicht wissen, wie sich der Gemeinderat wehren würde, wenn andere Gebühren grundlos so massiv angehoben würden. Da wird die Nachfrage sinken, da bei einem Einkommen von 60'000 Franken eine solche Kostensteigerung nicht so leicht abgedeckt werden kann. Doch habe ich bewusst von zahlbaren Krippenplätzen gesprochen, was wir in Dübendorf bald nicht mehr haben werden. Ein weiteres Ziel, das die Motion anspricht, ist die Durchmischung. Mit einer Privatisierung erreichen wir die Durchmischung nicht. Mit der aktuellen Tariferhöhung auch nicht. Bald werden sich nur sehr reiche oder sehr arme Eltern eine Krippenplatz leisten können. Die sehr Reichen müssen jetzt und in Zukunft nicht von der Gemeinde unterstützt werden. Bei den sehr Armen wird der Krippenplatz jetzt schon vom Sozialamt bezahlt. Die dazwischen leiden unter der massiven Tariferhöhung und sind im Dilemma. Denn ein Kleinkind muss betreut werden. Ist das wirklich die Familienpolitik der CVP? Meint die FDP wirklich, so könne das Humankapital besser genutzt werden? Bitte seien Sie ehrlich. Die Ablehnung der Krippenvorlage im September war klar ein Fehler. Alles, auch die Räumlichkeiten, waren bereit. Nur weil Ihnen die Möglichkeit der Subjektfinanzierung gefehlt hat, haben sie eine dringende und wichtige Vorlage verhindert. Bitte seien Sie vernünftig und ermöglichen weiterhin Alleinerziehenden oder Eltern in Ausbildung einen subventionierten Krippenplatz. Ziehen Sie Ihre Motion ersatzlos zurück und unterstützen Sie die Initiative der SP, die wir Anfang September zur Prüfung eingereicht haben. Ab 13. November können wir endlich mit dem Sammeln der Unterschriften beginnen. Die Initiative will nicht nur bezahlbare Krippenplätze, sondern auch die Subjektfinanzierung. Genau das, was sie angeblich auch wollen.“

Orlando Wyss (SVP):

Es sei jetzt viel von Eltern und Geld gesprochen worden, nicht aber von Kindern, die eigentlich im Zentrum stünden. Fremde Kinderbetreuung sollte die Ausnahme bleiben. Er kritisiere zudem die Schaffung einer neuen Stelle in der Stadtverwaltung und lehne deshalb die Motion ab.

Hans Baumann (SP):

„Meine Kollegin Andrea Kennel hat bereits auf die Unzulänglichkeiten im Text der Motion, vor allem im Punkt 1, hingewiesen. Abgesehen davon, dass die Alleinerziehenden einfach vergessen wurden, gibt es noch andere Gründe, warum Eltern nicht unbedingt auf zwei Einkommen angewiesen sein müssen, um ein Kind in der Krippe zu haben. Aber ich will hier nicht weiter auf solche ‚Flüchtigkeitsfehler‘ im Text der Motion eingehen. Die Hauptstossrichtung, nämlich die Öffnung des städtischen Beitragssystems auf private Betreuungsplätze, wird von uns auch unterstützt und entspricht ja auch



meiner Motion, die der Rat an der letzten Sitzung abgelehnt hat. Insbesondere wegen des Punktes 2 können wir der Motion aber keinesfalls zustimmen: Dieser Punkt verlangt, dass die städtische Krippe mittelfristig zu privatisieren ist. Hier frage ich mich wirklich, was sich die Motionärinnen und Motionäre davon versprechen. Es gibt meines Erachtens mindestens drei ganz gute Gründe, an der öffentlichen Krippe festzuhalten: 1.) Die bestehende Krippe in Dübendorf gibt es jetzt seit mehreren Jahren. Das eingespielte, qualifizierte Team macht seine Arbeit gut. Warum soll man etwas mutwillig aufgeben, wenn es nicht nötig ist? Der Aufbau einer neuen Krippe, die z.B. durch einen Verein getragen wird, ist äusserst aufwendig und geschieht nicht von einem Tag auf den anderen. 2.) Es gibt keinen Grund, warum neben privaten Anbietern nicht auch eine öffentliche Krippe bestehen bleiben soll. In der Stadt Zürich funktioniert das bestens. In Zürich werden rund 1800 private Krippenplätze subventioniert. Dazu kommen 260 städtische Plätze. Die städtischen Krippen machen also nur einen kleinen Teil der subventionierten Krippenplätze aus. Das Nebeneinander von privaten und öffentlichen Krippen ist dort kein Problem. Im Gegenteil tut den Privaten die Konkurrenz durch die öffentliche Institution gut. Denn diese bietet ein hohes Qualitätsniveau an, gute Betreuung und Verpflegung, gute Arbeitsbedingungen für das Personal und gute Ausbildungsplätze für Junge. Die Privaten sollen sich an diesem Modell orientieren. 3.) Auffällige Kinder bedeuten immer auch mehr Betreuungsaufwand. Bei privaten Krippen besteht die Gefahr, dass solche Risiken gemieden werden (wie bei den Krankenkassen). Die Stadt könnte den Privaten Auflagen machen. Aber das bedeutet wieder zusätzliche Regulierungen, Kontrollen etc. Eine städtische Krippe muss alle Kinder aufnehmen und kann so einen sozialen Ausgleich garantieren. Aus diesen Gründen erachten wir die Privatisierung der städtischen Krippe als unsinnig und lehnen insbesondere diesen Punkt der Motion ab.“

Gaby Gossweiler (FDP):

Natürlich würden Alleinerziehende nicht ausgeschlossen, die Motion sei in diesem Sinne zu verstehen. Sie finde es eine Frechheit von Hans Baumann zu behaupten, dass private Krippen eine schlechtere Betreuung anbieten. Für den Betrieb einer Krippe muss um eine Bewilligung ersucht werden. Öffentliche und private Krippen haben demnach die gleiche Qualität. In privaten Krippen würde mindestens ebenso gute Arbeit geleistet, und sie finde es schlimm, wenn private Krippen so schlecht gemacht werden. Dass die SP die Motion ablehnt sei klar, da sie die Felle davon schwimmen sehe, ihre Volksinitiative sei ein Wahlkampfschlager.

Andrea Kuhn (CVP):

Zu Jacqueline Hofer: Sie sei der Meinung, dass nach wie vor die Eltern die Verantwortung für die Erziehung tragen. Trotzdem sei es nötig, ein Modell zu finden, das zukunftsträchtig ist. Sie wisse, wie weh es tue, die eigenen Kinder in die Krippe zu geben. Nicht alle hätten aber das Glück, die ganze Zeit für ihre Kinder sorgen zu können. Die CVP habe mit dem Vorstoss gezeigt, was sie unter Bildungspolitik verstehe.

Stellungnahme Stadtrat durch Sozialvorstand Kurt Spillmann (SVP):

„Die Kinderbetreuung geniesst beim Stadtrat einen hohen Stellenwert. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass Dübendorf aktuell über ein durchaus breites und genügendes Angebot verfügt. Gemäss diverser Erhebungen, betreffend Versorgungs-Situation bei Krippenplätzen, ist Dübendorf stets in der ersten Hälfte der Rangliste zu finden. Zu den zahlreichen, ansässigen öffentlichen und privaten Krippenplätzen, verfügt Dübendorf zudem über einen Best organisierten und funktionierenden Tageselternverein. Alleine im Jahr 2008 wurden durch diesen Verein ca. 60'000 Betreuungsstunden abgedeckt. Trotz momentan guter Auslastung der Krippenplätze und guter Nachfrage versichere ich, dass für sozial schwache Personen, bei Notlagen, durch das Sozialamt einen Betreuungsplatz zur Verfügung gestellt werden kann. Dübendorf ist gut unterwegs, punktuelle Verbesserungen sind dabei immer möglich. Der Stadtrat ist nicht bereit die Motion entgegenzunehmen.“



Diskussion (Fortsetzung):

Andrea Kennel (SP):

Habe sie den Sozialvorstand richtig verstanden, wenn er behauptete, sozial schwachen Familien bei Bedarf schon am nächsten Tag einen Betreuungsplatz zu garantieren.

Stadtrat Kurt Spillmann (SVP):

Er stehe zu dieser Aussage und sichere sozial schwachen Familien schon am nächsten Tag einen Betreuungsplatz zu, wenn diese bereit sind, Auflagen in Bezug auf die Aufnahme einer Arbeit zu erfüllen.

Andrea Kennel (SP):

Sie bitte die Presse, den Sozialvorstand so zu zitieren.

Valeria Rampone (GEU):

Man sei in der Diskussion vom Weg abgekommen. Die Motion sei kein Zauberstab, sondern ein Versuch, eine bessere Lösung zu finden. Man könne die ganze Thematik auch weiter hinausschieben, nur bringe dies nichts. Sie wolle mit dem Vorstoss die hervorragende Arbeit der städtischen Krippe nicht zerstören, sondern diese in einen Verein oder in eine Stiftung umwandeln.

Bruno Fenner (BDP):

Seine Befürchtungen hätten sich bewahrheitet, nach der Rückweisung des Geschäftes zur familienergänzenden Kinderbetreuung durch den Gemeinderat im September stehe man jetzt vor einem Scherbenhaufen. Man brauche öffentliche Krippen als Gradmesser, und er bekunde Mühe mit der Absicht, die öffentliche Krippe zu schliessen. Bei der Motion handle es sich um einen Schnellschuss, was die Formulierung, bei der Alleinerziehenden nicht berücksichtigt worden sind, unterstreiche. Wenn er jetzt auch noch sehe, dass das Geschäft innerhalb des Stadtrates nicht bei der Primarschule, sondern bei einem anderen Ressort landen werde, dann könne er keine Unterstützung gewähren.

Abstimmung

Für Überweisung der Motion an den Stadtrat	14 Stimmen
Gegen Überweisung der Motion und für die sofortige Ablehnung der Vorlage	21 Stimmen

In Anwendung von Art. 47, Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird die vorliegende Motion / das vorliegende Postulat Geschäft Nr. 268/2009 sofort abgelehnt und ist somit abschliessend behandelt.

Ordnungsantrag Reto Steiner (SVP):

Reto Steiner beantragt, die Sitzung abubrechen und die Behandlung der traktandierten Bürgerrechtsgesuche auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Abstimmung:

Für den Ordnungsantrag	14 Stimmen
Gegen den Ordnungsantrag	22 Stimmen



10. Zehn Bürgerrechtsgesuche

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Die folgenden zehn Anträge werden vom Stadtrat zur Annahme empfohlen. Die BRK unterstützt diese Anträge einstimmig mit einer Ausnahme. Es wird im Falle der Einstimmigkeit in der BRK auf Referate von Seiten der BRK verzichtet.

Der Gemeinderat fasst, gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden

Beschlüsse:

Geschäft Nr. 211/2009

Beaham Christopher Howard, amerikanischer Staatsangehöriger, wohnhaft Wallisellenstrasse 7, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	28 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	1 Stimme

Geschäft Nr. 213/2009

Gross Emilia geb. Bardac, rumänische Staatsangehörige, wohnhaft Meiershofstrasse 15, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	23 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	4 Stimmen

Geschäft Nr. 214/2009

Grujik Nebojsa, mazedonischer Staatsangehöriger, wohnhaft Ringstrasse 14, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	22 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	5 Stimmen

Geschäft Nr. 215/2009

Haziraj Sadije geb. Hoxhaj und Yll, Riga sowie Rigon, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Im Winkel 8, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)



Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	2 Stimmen

Geschäft Nr. 216/2009

Hoti Gëzim, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft Bungertweg 13, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	22 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	6 Stimmen

Geschäft Nr. 217/2009

Mikkonnen-Korhonen Maija Liisa, finnische Staatsangehörige, wohnhaft Amselweg 18, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	26 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	2 Stimmen

Geschäft Nr. 218/2009

Pirkovic Gordana geb. Mihajlovic, Dusan und Danijela, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Churfürstenstrasse 23, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (2 Ja zu 2 Nein, Stichentscheid der Präsidentin: Annahme)

Stellungnahme BRK durch Valeria Rampone (GEU):

Argumente BRK-Mehrheit: Deutschkenntnisse sind gut. Die Bewerberin hat den Standortbestimmungstest der WBK mit gut bestanden. Bis zu ihrem Bandscheibenvorfall war sie selber viele Jahre in die Arbeitswelt integriert und hat gearbeitet. Sie hat ihre Kinder so erzogen, dass die Kinder sich in die Schweizer Gesellschaft eingegliedert haben.

Argumente BRK-Minderheit: Der Wissensstand über die lokalen und schweizerischen Kenntnisse ist nicht ausreichend. Sie hat Mühe gehabt, nachdem sie seit 19 Jahren in Dübendorf lebt, die Nachbargemeinden aufzuzählen. Sie mischte Dübendorfer Weiler mit den Nachbargemeinden. Sie hat noch nie Ferien in der Schweiz gemacht und konnte somit keine Sehenswürdigkeit nennen.

Abstimmung:

Für Antrag SR / BRK:	20 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	14 Stimmen



Geschäft Nr. 219/2009

Shake Anowar, Soroj und Mehorin Anahita, bangladeschische Staatsangehörige, wohnhaft Birchenstrasse 5, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	26 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	1 Stimme

Geschäft Nr. 220/2009

Stanimirovic Zlatibor, sowie Vladanka geb. Kalinovic und Kalinovic Goran, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Wangenstrasse 16, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	6 Stimmen

Geschäft Nr. 223/2009

Neziri Bajram und Valbone geb. Tanaj sowie Denis und Lorik, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Föhrliweg 25, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1900.--
Antrag BRK:	Annahme (4 Ja zu 0 Nein)
Diskussion:	keine
Für Antrag SR / BRK:	23 Stimmen
Gegen Antrag SR / BRK:	3 Stimmen

Einwände

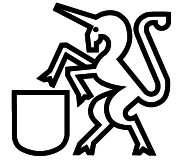
Keine Einwände gegen die Geschäftsführung.

Schluss der Sitzung: 21.15 Uhr

Für die Richtigkeit

Der Sekretär

Marcel Amhof



Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Peter Bless, Ratspräsident

Rolf Biggel, Stimmenzähler

Valeria Rampone, Stimmenzählerin

Stephan Schneider, Stimmenzähler